
Hintergrund zu: EUTM Mali (European Union Training Mission Mali)¹

Eckdaten des Bundeswehrmandats

- EUTM Mali ist eine EU-Trainingsmission zur **Ausbildung der malischen Sicherheitskräfte** und der **Kräfte der gemeinsamen Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten** (Niger, Burkina Faso, Mali, Mauretanien und Tschad). Die erste Mandatierung erfolgte im Februar 2013.
- Schwerpunkte des deutschen Ausbildungsbeitrages liegen in der Pionier-, Logistik- und Infanterieausbildung, der Beratung des malischen Verteidigungsministeriums und der gemeinsamen Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten. **Eine Begleitung bei Einsätzen bleibt bislang ausgeschlossen.**
- **Völkerrechtliche Grundlage** für den Einsatz sind das Ersuchen der malischen Regierung sowie die diesbezüglichen Beschlüsse des Rates der EU in Verbindung mit den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (zuletzt Resolution 2423).
- Der Einsatz der Bundeswehr erfolgt im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) und damit entsprechend des Grundgesetzes innerhalb **eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit.**
- Die Ausbildung selbst soll sich in Zukunft noch stärker auf die Multiplikatoren (Train the Trainer) konzentrieren und findet **zentral** im EUTM Camp in Koulikoro (60 km nordöstlich der Hauptstadt Bamako) sowie **dezentral** in malischen Armeestützpunkten im Mandatsgebiet statt.
- 2018 wurde das Einsatzgebiet erweitert. Zum Zweck der Beratung gehören die **Sektor-Hauptquartiere der G5-Sahel-Einsatztruppe in Niger, Tschad und Mauretanien inklusive Versorgungsrouten** mit Zustimmung dieser Staaten und nach Maßgabe entsprechender Vereinbarungen ebenfalls zum Einsatzgebiet.
- Die Personalobergrenze liegt bei 350 Soldat*innen (aktuell 187 Soldat*innen im Einsatz).

Veränderungen zum letzten Bundeswehrmandat

Das Mandat ist in den wesentlichen Punkten unverändert.

Hintergründe zum Konflikt

- Im Jahr 2012 stabilisierte sich im Norden Malis die Herrschaft von Gruppierungen der **Tuareg** und verschiedener **dschihadistischer Gruppen**. Bei einem **Putsch** von Teilen des malischen Militärs wurde der Staatschef Amadou Toumani Touré gestürzt.
- Anfang 2013 griffen die Rebellengruppierungen auch südliche Städte Malis an. Auf Bitten der malischen Regierung und auf Grundlage der entsprechenden VN-Resolutionen intervenierte **Frankreich** militärisch und drängte die Angreifer zurück. 2013 wurden MINUSMA und die europäische Ausbildungs- und Trainingsmission EUTM Mali eingerichtet.
- Im Mai und Juni 2015 unterzeichneten die malische Zentralregierung und die zentralen Rebellenorganisationen das **Friedensabkommen von Algier**. Bestimmte Gruppen, insbesondere radikal-islamistische Gruppierungen, waren bei den Verhandlungen nicht vertreten. Trotz einiger **Fortschritte** (funktionierende Mediation durch MINUSMA, gemeinsame Patrouillen, Präsidentschaftswahlen, Auftakt Versöhnungsprozess durch nationale Konferenz, Einsetzung von Übergangsverwaltung und Besetzung von Gouverneursposten im Norden) verläuft die Umsetzung des Abkommens sehr schleppend.

¹ Dieses Papier ist eine kurze aussagekräftige Übersicht zum Auslandseinsatz. Für Nachfragen könnt ihr euch /können Sie sich gerne an mein Team wenden. Weitere Informationen zur Lage in Mali finden Sie / findet ihr hier <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/19/070/1907038.pdf>

- Ein im Oktober 2018 zwischen MINUSMA und der malischen Regierung beschlossener „**Pakt für den Frieden**“ soll die Umsetzung des Friedensvertrages beschleunigen. Die Umsetzung des Friedensabkommens ist von zentraler Bedeutung für die Frage, ob es in Mali eine Chance auf Stabilität und Frieden gibt.

Aktuelles

- Am 24.02.2019 war das **EUTM Camp Gecko in Koulikoro Ziel eines komplexen Angriffs** mit zwei Fahrzeugbomben und bewaffneten Kämpfern. Kurz zuvor vorgenommene bauliche Veränderungen und die Reaktion der spanischen Soldaten haben zum Glück verhindert, dass dieser perfide Anschlag sein verheerendes Potential realisieren konnte. Verantwortlich für den Anschlag ist die in der gesamten Sahel-Region agierende terroristische Gruppierung Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (JNIM), die als Zusammenschluss verschiedener Organisationen unter Führung des Terroristen Iyad Ag Ghaly gegründet wurde. Die Bundeswehr hat nach dem Angriff eine Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen im Camp angeordnet.
- Die Missionen in Mali kann man nicht über Einzelereignisse bewerten. Nicht zuletzt dieser Angriff auf EUTM Mali im Süden des Landes zeigt jedoch, dass sich die **Sicherheitslage** trotz der internationalen Unterstützung und der Ausbildungsbemühungen nicht verbessert hat. Regelmäßig kommt es zu Angriffen auf die Blauhelme und die malischen Streitkräfte durch terroristische Gruppierungen. Zudem verüben im Norden und im Zentrum von Mali immer wieder islamistische Milizen Anschläge auf die Zivilbevölkerung. Terroristische Gruppierungen versuchen aus Zentralmali heraus ihren Einflussbereich nach Süden auszudehnen.
- **Ressourcenkonflikte** zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sorgen immer wieder für **zivile Opfer**. Bei Konflikten um Wasser und Land kommt es regelmäßig zu Gewalt zwischen nomadisch lebenden Viehhirten und sesshaften Ackerbauern.
- Am 23.03.2019 wurden bei einem **Überfall auf ein Dorf in Zentralmali** an der Grenze zu Burkina Faso nach VN-Angaben **134 Menschen getötet**. Der Vorfall zwischen den Ethnien der Fulbe und der Dogon zeigt, dass sich der Konflikt mit den Dschihadisten auf das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen in Mali auswirkt und es den malischen Sicherheitskräften bisher nicht gelingt, flächendeckend für Sicherheit und den Schutz der Menschen zu sorgen.
- Zudem werden der **malischen Armee** mehrere **Angriffe auf unbewaffnete Zivilisten** vorgeworfen. Ein VN-Bericht dokumentiert die Tötung von zwölf Zivilisten auf einem Viehmarkt sowie eine mutmaßliche **Massenhinrichtung** von 44 Menschen und gefundene Massengräber. Die Regierung in Bamako leitete daraufhin Untersuchungen ein, diese blieben aber soweit bekannt für mutmaßlich beteiligte Soldaten bislang folgenlos. Solche Vorfälle zeigen, dass hier auch bei den europäischen Ausbildungsbemühungen dringender Verbesserungsbedarf hinsichtlich Schulungen im humanitären Völkerrecht und bei den Menschenrechten besteht.
- Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keïta (IBK) ging als Favorit in die **Präsidentenwahl 2018**. Er gewann die **Stichwahl im August 2018** deutlich mit 76,2 Prozent, obwohl er die in ihn gesetzten Hoffnungen hinsichtlich Sicherheit und wirtschaftlicher Perspektiven für die junge malische Bevölkerung nicht erfüllte. Während beider Wahlgänge kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. 871 von 23.000 Wahlbüros bleiben aus Sicherheitsgründen im ersten Wahlgang geschlossen, im Norden wurde ein Wahllokal von Angreifern gestürmt und der dortige Wahlleiter erschossen.
- **Für den Friedensprozess hat die malische Regierung weitere Schritte angekündigt:** Im November 2018 begann die Integration ehemaliger Kämpfer in die Armee. Die Reform des Sicherheitssektors soll beschleunigt werden. Dezentralisierung und administrative Neugliederung sollen angegangen werden.

- Die **humanitäre Lage** ist weiterhin sehr ernst. 120.000 Menschen sind innerhalb Malis vor allem wegen ethnischer Konflikte vertrieben worden. 135.000 Geflüchtete leben immer noch in den Nachbarländern Malis. Insgesamt sind **3,2 Millionen Menschen** in Mali auf **humanitäre Hilfe angewiesen**.

Analyse & Bewertung

- Die **Ausbildung der malischen Streitkräfte ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Landes**. Mali braucht funktionierende **Sicherheitskräfte unter starker ziviler Kontrolle**, um ein sicheres Umfeld für die Zivilbevölkerung und eine positive Perspektive des Friedensprozesses zu ermöglichen.
- **Die internationalen Bemühungen haben bisher jedoch noch nicht dazu geführt, dass der malische Staat alleine für Sicherheit und staatliche Präsenz in den Konfliktregionen sorgen kann.**
- Wiederkehrende **schwere Zwischenfälle und gravierende Menschenrechtsverletzungen durch die malischen Streitkräfte** machen deutlich, dass es wesentlich konkretere Anstrengungen geben muss, um die malischen Streitkräfte und ihre militärische sowie politische Führung auf **völkerrechtliche Prinzipien** zu verpflichten. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass **Kriegsverbrechen und jüngste Menschenrechtsverletzungen** konsequent aufgeklärt und geahndet werden. Bei den Ausbildungsinhalten müssen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht deutlich größere Bedeutung bekommen.
- Während die Zahl der ausgebildeten Soldat*innen und malischer Ausbilder*innen kontinuierlich steigt, sind notwendige **Fortschritte bei tiefgreifenden Reformen des Sicherheitssektors viel zu gering** oder bleiben aus. Echte Sicherheit kann nur entstehen, wenn die Ausbildung einen starken politischen Rahmen hat, zu dem auch Justiz, Polizei und Korruptionsbekämpfung gehören.
- Die Bundesregierung muss sich dringend für eine **echte Reform des Sicherheitssektors** und **intensivierte Aufbaubemühungen im zivilen Sicherheitssektor** einsetzen. Aktuell entsendet Deutschland keine Polizist*innen zur Polizeiausbildung im Rahmen der zivilen Mission EUCAP Sahel Mali mehr.
- Ein **regionaler Ansatz** für Sicherheit und Frieden ist in der Sahel-Region unabdingbar. Allerdings erweiterte die Bundesregierung 2016 das Mandat mit der **Ausbildungsunterstützung der gemeinsamen Einsatztruppe der G5-Sahel-Staaten** um eine **hochproblematische Komponente**.
- Dies ist Teil einer **falschen Strategie**, in deren Rahmen die Bundesregierung ihre **Prioritäten von Entwicklung auf militärische Ertüchtigung und Aufrüstung verschiebt**. Besonders kritisch sind dabei die Berichte über Menschenrechtsverletzungen seitens der Streitkräfte bestimmter G5-Sahel-Staaten (z.B. Tschad), die hier völlig fahrlässig ignoriert werden. Terrorismus und Kriminalität kann man nur wirksam und nachhaltig beantworten, wenn die Menschen in der Sahel-Region bessere wirtschaftliche Perspektiven haben und das Thema gute Regierungsführung ganz oben auf die politische Agenda kommt.
- Nachhaltige Stabilität und Frieden kann es in Mali nur geben, wenn die Konfliktursachen mit politischen Mitteln bearbeitet und grundlegende **sozioökonomische Perspektiven** für weite Teile der Bevölkerung hergestellt werden können. Die internationale Gemeinschaft muss die verschiedenen Missionen und **Bemühungen in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte und Staatsaufbau besser vernetzen und koordinieren**.
- Neben der Reform des Sicherheitssektors und der Fortschritte im Friedensprozess sind **verstärkte Bemühungen gegen die organisierte Kriminalität und vor allem gegen die verbreitete Korruption zwingend erforderlich**.
- Bei den Reformen und dem Friedens- und Aussöhnungsprozess müssen die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft die **malische Regierung stärker in die Pflicht nehmen**. Es muss verhindert werden, dass sich in Mali diejenigen Kräfte behaupten, die mit dem

aktuellen Status quo gut leben können und an keiner gesamtgesellschaftlichen positiven Entwicklung interessiert sind.



Wikimedia Commons